

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

5.3.1930 (No. 55)

Expedition:
Karlsrueher
Zeitung Nr. 14
Karl-Friedrich-
Str. 14
Karl-Friedrich-
Str. 14
Karl-Friedrich-
Str. 14

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staubansatz:
Chefredakteur
G. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen 50% Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Ämtlicher Teil

Zu den radikalen Demonstrationsabsichten für den 6. März

wird uns von zuständiger Stelle geschrieben:

Kein Grund zur Verunruhigung!

Die Pressemeldungen, daß die Kommunisten überall im Reich am 6. März Demonstrationen veranstalten wollen, um die Erwerbslosen auf die Straße zu bringen, und gleichzeitig auch die Nationalsozialisten einen großen Propagandafeldzug beginnen wollen, haben in der Öffentlichkeit da und dort eine gewisse Unruhe und Besorgnis hervorgerufen.

Finanzkompromiß und Youngplan

Noch keine Einigung

Am Dienstagvormittag hat wieder eine längere Sitzung des Reichskabinetts stattgefunden, in dem Reichsfinanzminister Woldenbauer einen neuen Vorschlag unterbreitet hat. Die Lage wird in Berliner politischen Kreisen optimistisch beurteilt. Ob man heute, Mittwoch, zu einer Einigung kommt, steht freilich noch dahin.

Es wird berichtet, daß am Dienstag dem Kabinett vom Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer ein neuer Vorschlag vorgelegt worden ist. Es heißt, daß er den Forderungen der Deutschen Volkspartei nach einer späteren Ausgabe- und Steuererleichterung Rechnung trägt und andererseits für die Reorganisation der Arbeitslosenversicherungsanstalt einen Weg sucht, auf dem die sozialdemokratischen Bedenken berücksichtigt werden.

Der Deutschen Volkspartei soll die Erhöhung der direkten Steuern erspart und die Ausgaben- und Steuererleichterung für das nächste Etatsjahr garantiert werden. Auf der anderen Seite soll wohl eine Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung die Sorgen, die sich die Sozialdemokratie um das Weiterbestehen dieses Versicherungswerkes macht, beheben.

Das Kabinett Tardieu vor der Kammer

Man rechnet auf 15-30 Stimmen Mehrheit

BR. Paris, 5. März. (Priv.-Tel.) Das Ministerium Tardieu tritt heute vor das Parlament. Man erwartet wieder eine leidenschaftliche Debatte in der Kammer; sie wird nur ausbleiben, wenn etwa die tragischen Ereignisse im Überschwemmungsgebiet der Opposition Veranlassung geben sollten, ihren Eifer zu dämpfen.

Das Kabinett Tardieu wird in seiner Programmklärung zweifelsohne das wirtschaftlich-finanzielle Moment in den Vordergrund stellen, da es alle Veranlassung hat, eine Diskussion über seine Zusammenfassung zu vermeiden, die immerhin gewisse Angriffspunkte gibt. Die Personenfrage hat also eine innerpolitische Entwicklung aufgehalten und damit logischerweise auch den Gang der parlamentarischen Geschäfte erschwert, wenn nicht gar verlangsamt.

Die Kommunistenunruhen in New York

BR. New York, 5. März. (Tel.) Die New-Yorker Polizei hat mit Rücksicht auf die für Donnerstag geplanten großen kommunistischen Erwerbslosendemonstrationen Vorkehrungen in dem Umfang getroffen, wie sie sonst nur für den 1. Mai üblich sind. U. a. werden Kirchen und öffentliche Gebäude sowohl wie die Wohnungen bekannter Millionäre unter besondere Bewachung gestellt.

Letzte Nachrichten

Vor der Entscheidung in Berlin Der Reichsfinanzminister beim Reichspräsidenten

M. Berlin, 5. März. (Priv.-Tel.) Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsfinanzminister Müller zum Vortrag über die politische Lage. Anschließend daran begann dann um 11 Uhr eine Sitzung des Reichskabinetts, die zur Zeit (1 Uhr mittags) noch andauert, und voraussichtlich mehrere Stunden in Anspruch nehmen wird.

Auf 3 Uhr nachmittags ist die sozialdemokratische, auf 5 Uhr die Zentrumskommision des Reichstages einberufen worden. Im Reichstag anwesend sind heute auch die Führer der übrigen Regierungsparteien.

Die Bestellung des Generaldirektors der DZB Reichsbankpräsident und Reichsregierung gegen Duesenay

BR. Berlin, 5. März. (Tel.) Ein gestriges Abendblatt brachte im Anschluß an eine Pariser Meldung von einer angeblich geplanten Sonderverhandlung der alliierten Notenbankpräsidenten über die Zusammenlegung des Verwaltungsrates und des Direktors der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Nachricht, daß der Reichsbankpräsident sich vor längerer Zeit mit den anderen Notenbankpräsidenten offiziell bereits über die Kandidatur eines französischen Generaldirektors Duesenay geeinigt habe.

Hierzu ist folgendes zu bemerken: Von einer beabsichtigten weiteren Konferenz der Notenbankleiter ist nicht die Rede. Vielmehr wird der Verwaltungsrat der Internationalen Bank zusammenzutreten, sobald der Youngplan ratifiziert ist. Die Bestellung des Generaldirektors liegt lediglich in der Hand dieses Verwaltungsrates und kann nicht vor dem genannten Zeitpunkt erfolgen; sie ist also insbesondere auch ohne Beteiligung des Reichsbankpräsidenten nicht möglich.

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit

M. Berlin, 5. März. (Priv.-Tel.) Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 1. März 1930 2.365.000 gegen 2.461.000 am 1. März 1929. Da im vorigen Jahre am 1. März der Höhepunkt erreicht war, nimmt man an, daß auch in diesem Jahr nun ein Rückgang der Arbeitslosigkeit erfolgen wird.

Die Länderkonferenz verlagert

M. Berlin, 5. März. (Priv.-Tel.) Die für Freitag anberaumte Länderkonferenz für die Verwaltungsreform mußte verschoben werden, weil Bayern und Württemberg mitteilen ließen, daß sie infolge der schwierigen Staatsberatungen niemand nach Berlin entsenden könnten. Die Konferenz findet nun erst Ende April statt.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag

M. Berlin, 5. März. (Priv.-Tel.) Zu Pressemeldungen, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag am Freitag unterzeichnet werden soll, erfahren wir, daß ein Termin noch nicht feststeht, daß aber der Gang der Verhandlungen sonst als günstig bezeichnet werden kann.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika

BR. Washington, 5. März. (Tel.) Auf einen von Senator Prosser gemachten Vorschlag, eine Summe von 50 Millionen Dollar für Erwerbslosenunterstützung auszuwerfen, antwortete der Staatssekretär im Arbeitsamt, Davis, mit dem Hinweis, die amerikanischen Arbeiter bräuchten redliche Arbeit und ständige Beschäftigung, aber keine Geschenke.

Aufhebung der Zensur in Spanien. Nach einer Meldung aus Madrid wurde den Nachrichtenagenturen volle Freiheit gelassen, jegliche Nachricht unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit zu verbreiten.

Die Stellung der Gemeinden zur industriellen Konzentration

Es ist kein Zweifel, daß die starken Rationalisierungs- und Zusammenziehungsbestrebungen, die zur Zeit in einem großen Teile der Industrie durchgeführt werden, häufig wichtige Lebensinteressen der Gemeinden oder sogar ganzer Provinzen und Länder gefährden oder schädigen.

Sicherlich findet am nationalen Gesamtarbeitsmarkt ein gewisser Ausgleich insofern statt, als das weiterarbeitende Industriezweig auf Grund seiner erhöhten Leistungsfähigkeit früher oder später eine größere Anzahl von Arbeitskräften beschäftigen wird oder zum mindesten weniger Arbeiter u. Angestellte zu entlassen braucht, als das ohne die Konzentrationsmaßnahmen der Fall sein würde.

Es gibt freilich Fälle, in denen sich eine Hergabe öffentlicher Mittel zur Erhaltung gefährdeter, industrieller Unternehmungen kaum vermeiden läßt. Man denke zum Beispiel an die ostpreussische Industrie, die wahrscheinlich infolge der ungünstigen Lage der von der Verbindung mit dem übrigen Reich fast ganz abgeschnittenen Provinz Ostpreußen vollkommen zugrunde gehen müßte, wenn ihr nicht mit öffentlichen Mitteln geholfen würde.

Aber auch in manchen anderen Fällen ist das Bemühen einzelner Städte, die industriellen Betriebe, die einem großen Teile ihrer Bevölkerung Nahrung schaffen, zu stützen, nicht ganz erfolglos geblieben. So ist zum Beispiel die Stadt Görtz der in ihren Mauern befindlichen Waggonfabrik in der Zeit schwerster Not beigeprungen, und es ist auf diese Weise gelungen, das Unternehmen wieder gesund und rentabel zu machen.

Natürlich wäre es trotzdem nicht ratsam, der Rationalisierung entgegenzuarbeiten, und etwa lebensunfähig gewordene industrielle Unternehmungen durch kommunale Subventionen künstlich am Leben erhalten zu wollen. Aber die Erhaltung der heimischen Industriebetriebe bleibt dennoch für jede Gemeinde eine wichtige Sorge. Es ist zweifellos besser, für die Erhaltung produktiver Arbeitsgelegenheit innerhalb der Ge-

Mit der Beilage: 29. Ämtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

